Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 22 Abendblatt. Montag, den 14. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 13. Januar. Da ein Theil der Bevölkerung Nordschleswigs dänischer Abstammung, durch dänische Agitationen getäuscht, von einem Tag zum andern darauf lauert, daß „der Preuße" sich nach Südschleswig zurückziehen und ganz Nordschleswig der dänischen Herrschaft übergeben werde, darf es nicht befremden, daß die von Preußen jetzt dort vorgenommene Aushebung zum Militärdienst gewaltigen Schrecken unter der dänischen Bevölkerung hervorruft; auch die englischen Blätter werden natürlich nicht versäumen, wieder ein Klagegeschrei über die angebliche Mißhandlung der Dänen zu erheben, ohne sich dabei im Geringsten aus der Verfolgung und Einkerkerung der Irländer einen Vorwurf zu machen. Daß aber ein sonst patriotisches preußisches Blatt, die „Köln. Ztg.", noch immer ihren englischen Lesern zu Liebe den Kampf gegen das deutsche Element in Nordschleswig zu Gunsten der Dänen fortsetzt und hartnäckig als Organ der dänischen Partei die Nordschleswiger deutscher Nationalität dem Kopenhagener Terrorismus zu überliefern strebt, ist schwer zu begreifen; für die Tendenzen der „Rheinischen Zeitung" würde dies weit besser passen als für die „Kölnische Zeitung", die doch sonst immer eine geachtete Vertreterin preußischer und nationaler Interessen ist. Eine unbefangene Prüfung der Sachlage läßt nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen, daß die preußische Regierung nicht allein das unbestreitbare Recht, sondern sogar die unbedingte Pflicht hat, die Militärausbebung auch auf das ganze preußischer Herrschaft faktisch und rechtlich unterworfene Nordschleswig auszudehnen. Das Gesetz räumt der Regierung kein Recht ein willkürlich, irgend einen Theil der preußischen Bevölkerung von der Militärpflicht zu befreien, also auch die nordschleswigsche nicht; der Vertrag von Nikolsburg legt der preußische Regierung wohl die Pflicht auf, zu einer von ihr selbst zu bestimmenden Zeit einmal nach Maßgabe der Nationalität in Nordschleswig eine Grenzregulirung vorzunehmen; diese Verpflichtung räumt aber nicht den Dänen, sondern nur den am Vertrage betheiligten Großmächten einen Anspruch auf dereinstige Erfüllung des Vertrags ein, ohne bis dahin die preußische Regierung in der Ausübung ihrer Herrschaft irgendwie zu beschränken und ohne die preußischen Landesgesetze für dieses Staatsgebiet zu suspendiren. Das bezüglich der Militärpflicht geltende Landesgesetz muß also in Nordschleswig, ebenso wie in allen anderen Landestheilen, zur Ausführung kommen, so lange Nordschleswig unter preußischer Herrschaft steht. — Die Publikation der Einverleibungs-Patente für die Elbherzogthümer wird nächstens erwartet. — Es ist bisher in der Presse sehr viel von einem Normal-Etat des norddeutschen Bundes für das Militärwesen die Rede gewesen, ohne daß man sich irgend einmal die Frage gestellt hätte, ob eigentlich der Entwurf zur Landesverfassung und die auf die Militärverwaltung sich beziehenden Bestimmungen, so weit sie bis jetzt bekannt sind, wirklich dem Begriff eines Normal-Etats entsprechen? Will man aber auch die Erörterung des Begriffs vom „Normal-Etat" bei Seite lassen, da auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Ausdrucks kein Gewicht zu legen ist, so muß doch jedenfalls die Behauptung, die hauptsächlich oder ausschließlich in dieser Frage Widerspruch gefunden hat, bestritten werden: „daß in den fraglichen Bestimmungen des Verfassungs-Entwurfs, Aushebung eines bestimmten Prozentsatzes der Bevölkerung zum Militärdienst und vorläufige Annahme eines bestimmten Kostenansatzes pro Mann des Kontingents, eine Beschränkung des konstitutionellen Budgetrechtes liege." Von einem Normal-Etat soll im Verfassungs-Entwurf nirgends die Rede sein, und nach den geltenden staatsrechtlichen Prinzipien kann unmöglich die Aufstellung eines Normal-Etats oder die Verletzung des konstitutionellen Budgetrechtes in der Bestimmung eines Prozentsatzes für die Militärausbebung auf bestimmte Zeit, und in einem Durchschnitts-Kostenansatze gefunden werden. Etwas Anderes ist aber in dem Entwurf nicht enthalten, und ohne solche Normirung oder Uebersicht hätte doch kein Staat zu dem abzuschließenden Vertrage seine Zustimmung geben können.

Berlin, 13. Januar. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittag den Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Pückler und den Hofmarschall Grafen Perponcher, nahm darauf die Vorträge des Chefs des Militär- und Civil-Kabinets, des Geheimen Hofrathes Bork 2c. entgegen und ertheilte dann Audienz. Hierauf folgte eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr begaben sich die hohen Herrschaften nach der Singakademie und hörten dort im wissenschaftlichen Vereine den Vortrag des Oberstlieutenants Grafen v. Kanitz: „Der Soldat sonst und jetzt".

— Die Kronprinzlichen Herrschaften werden am nächsten Donnerstage vom Herzoglichen Hofe zu Koburg nach Berlin zurückkehren. Der Prinz Wilhelm von Baden, der einige Tage dort zum Besuche verweilte, trifft bereits heute wieder ein.

— In der Nacht zum 10. d. verschied im Schlosse zu Neuwied nach längerem Leiden die Prinzessin Thekla zu Wied (geb. 1817), Schwester des nun bald drei Jahre verstorbenen Fürsten Hermann.

— Der italienische Gesandte, Graf Barral, begiebt sich heute Abend in Privat-Angelegenheiten nach Florenz.

— Sachsen wird wahrscheinlich ein besonderes Armeekorps erhalten, während Dislokation und die anderen einheitlichen Befugnisse der Präsidialmacht auch für dieses Armeekorps vorbehalten bleiben.

— Die Dauer des Ende Februar oder Anfang März zusammentretenden Parlamentes ist zwar, da es sich um eine neue Versammlung handelt, schwer zu berechnen. Die Annahme indessen, daß der Schluß schwerlich vor Ostern eintreten wird, hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, zumal außer dem Verfassungs-Entwurf auch einige organische Gesetze zur gutachtenden Berathung vorgelegt werden dürften. Wie alsdann eine zweite Session des Abgeordnetenhauses im Mai oder Juni zu vermeiden wäre, ist nicht ersichtlich. Soll doch die Verfassung mit dem 1. Juli in Kraft treten. Die Vermuthung, die Regierung werde den Entwurf, nachdem er etwa zu ihren Gunsten in dem Parlamente angenommen, erst einige Zeit in der öffentlichen Meinung reifen lassen, bevor er den preußischen Kammern vorgelegt werde, ist schon aus diesem Grunde hinfällig, wozu noch kommt, daß das durch achtzig neue Mitglieder verstärkte Abgeordnetenhaus nach dem 1. Oktober einen ungünstigen, gegen die preußische Verfassung gerichteten Entwurf noch weniger annehmen wird, als das Haus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung. So bleibt denn eine abermalige Berufung der Kammern nach Ostern sehr wahrscheinlich.

— Gleich nach dem Schlusse der Session werden die bisherigen Sitze 2c. aus dem Saale des Herrenhauses entfernt und derselbe mit einer völlig neuen Einrichtung für den Reichstag des norddeutschen Bundes versehen werden. Man erzählt, daß hervorragenden Mitgliedern des Herrenhauses die Nachfolge nichts weniger als genehm sein soll. Man hatte von dieser Seite sogar versucht, die Einräumung des Konzertsaales des Schauspielhauses für das Parlament durchzusetzen. Für das Publikum ist das jetzige Arrangement sehr ungünstig, denn die Tribünen können kaum halb so viele Personen fassen, als die des Abgeordnetenhauses; für die Verhandlungen des Herrenhauses hatte das nichts auf sich. Noch schlimmer ist es für die Berichterstatter der Zeitungen, wenn nicht — wozu nicht große Aussicht vorhanden sein soll — eine bedeutende Erweiterung der Journalistentribüne eintritt. — Die mitgetheilten Anträge wegen der Diäten und Reisekosten für die Mitglieder des Parlaments sind in der Fortschrittspartei mit großer Majorität angenommen worden.

Berlin, 12. Jan. (Abgeordnetenhaus.) 51. Sitzung. (Schluß.) Regier.-Kommiss. Landrath zu Eulenburg: Die Hoffnung, welche ich für die heutige Tagesordnung gehabt habe, daß eine erneuerte Debatte über diesen Gegenstand nicht wieder stattfinden würde, ist zu meinem großen Bedauern nicht erfüllt worden, zu meinem um so größeren Bedauern, als die Debatte auf ein Gebiet gekommen ist, dessen Betreten ich natürlich dem Belieben eines jeden der Herren Abgeordneten überlassen muß, dessen Heranziehung aber, wie ich glaube, nicht gerade dazu geeignet ist, die Debatte an einem andern Orte zu erleichtern (Zustimmung rechts), um das Ziel zu erreichen, welches die Herren selbst anstreben, nämlich die Annahme des Gesetzes. Ich habe zunächst, meine Herren, vom Standpunkte der Königl. Staatsregierung aus den entschiedensten Widerspruch zu erheben gegen alle diejenigen Anführungen, die gemacht worden sind gegen die Rechtsbeständigkeit des Herrenhauses. Die Königliche Staatsregierung hat ihrerseits nicht den geringsten Zweifel an der Legalität des Bestehens jenes mit diesem Hause gleichberechtigten Faktors der Gesetzgebung, und sie wird es für ihre Aufgabe halten, diese Legalität gegen alle Angriffe, welche gegen dieselbe erhoben werden, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten. (Bravo rechts.) Meine Herren! In derselben Richtung, die ich bereits vorhin angedeutet habe, glaube ich, daß es wenig erwünscht war, wenn hier bereits eingegangen wurde auf eine Kritik des Berichtes, welcher von der Kommission des anderen Hauses erstattet ist. (Sehr gut! rechts.) Meine Herren! Jener Bericht ist keine definitive Meinungsäußerung des Herrenhauses selbst; und wenn die Aeußerung gemacht ist, daß Hoffnung vorhanden sei, das Herrenhaus werde „biegen" in dieser Angelegenheit und einem Drucke der Königlichen Staats-Regierung weichen, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß davon gar nicht die Rede sein kann, denn das Herrenhaus hat noch gar nicht gesprochen, und wenn dasselbe über diese Gesetz-Vorlage Beschluß fassen wird, dann wird es dabei seiner eigenen Meinung folgen, die, wie ich überzeugt bin, auf freier Ueberzeugung beruhen und durch keinen Druck hervorgerufen werden wird. So viel, meine Herren, was die Sachlage dem andern Hause gegenüber betrifft. Ich glaube mich hiernach wohl überhoben erachten zu dürfen, auf alle Einzelheiten, die in dieser Beziehung hier vorgebracht sind, noch näher einzugehen, eben aus der Rücksicht, die ich im Eingange meiner Worte angedeutet habe. In der Sache selbst aber halte ich mich verpflichtet, mit kurzen Worten diejenige Auffassung darzulegen, von welcher die Königliche Staats-Regierung — wie es übrigens bereits wiederholt ausgesprochen ist — bei dieser ganzen Angelegenheit ausgeht. Sie theilt die Ansicht des Herrn Redners von dieser Seite (nach der rechten Seite deutend), daß die neuen Länder allerdings auch im Herrenhause ihre Vertretung finden müssen; sie sieht aber weder eine verfassungsmäßige, noch eine gesetzliche, noch eine politische oder moralische Nothwendigkeit, dieserhalb gleichzeitig mit einer Gesetzesvorlage über die Vermehrung der Anzahl der Abgeordneten eine solche wegen Erweiterung des Herrenhauses einzubringen. (Sehr gut! rechts.) Warum das nicht hat geschehen können, das, glaube ich, liegt sehr nahe: Erörterungen und Erwägungen über die hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse der neuerworbenen Länder, welche für diese sowohl, wie für die Gesammtheit des Staates von der weitgreifendsten Wichtigkeit und Bedeutung sind, haben in so kurzer Zeit in der That nicht zum Abschluß gebracht werden können. Eben dieser Grund verhindert es auch, in diesem Augenblicke eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, in welcher Weise diese Sache ihre endliche Erledigung finden wird. Wenn übrigens gesagt worden ist, daß, falls das andere Haus diese Sache nicht annehmen wollte, das einen Zustand der Anarchie herbeiführen würde, so glaube ich allerdings, daß die Schwierigkeiten und Verlegenheiten, die daraus entstehen würden, sehr bedeutende sein würden, aber ein Zustand der Anarchie — das will ich dem Herrn Abgeordneten Lasker erwidern — glaube ich, würde in der That nicht dasjenige sein, was in Folge dessen eintreten würde. Das aber würde ein Zustand der Anarchie sein, wenn man den Grundsatz aufstellen wollte, daß es, wenn ein Faktor der Gesetzgebung in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte ein Gesetz verwirft, geboten oder gerechtfertigt sein würde, über jenen Faktor zur Tagesordnung überzugehen oder denselben zu erdrücken. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich bitte das Gesetz anzunehmen.

Abg. Graf Schwerin: Ich bedaure die Rede des Abg. Twesten und schließe mich den Ausführungen des Regierungs-Kommissars an. Der Kommissionsbericht des Herrenhauses ist ein Internum, mit dem wir uns nicht zu beschäftigen haben. Die Rede des Herrn Twesten wird das Zustandekommen des Gesetzes sehr erschweren.

Die General-Diskussion ist geschlossen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. John, v. Gerlach, Twesten (Letzterer sagte: So lange das Herrenhaus unsere Aeußerungen kritisirt und auch die Diäten angelegentlichst zur Sprache bringt, halte ich mich aller Höflichkeit gegen dasselbe entbunden und werde nicht anstehen, eine herbe Kritik zu üben), Graf Schwerin, geht der Berichterstatter, weiter Frhr. v. Vincke (Olbendorf) auf die Aeußerungen des Abg. Gerlach ein. Art. 1, 2, 3 und 4 werden darauf ohne Diskussion mit allen gegen etwa 3 Stimmen angenommen und endlich das ganze Gesetz in zweiter Lesung angenommen. (Dagegen nur die Abgg. v. Gerlach und Dr. Kosch.)

Es folgt eine Anzahl von Petitionen, welche die Kommission als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet. Das Haus geht über dieselben zur Tagesordnung über. Es folgt der erste Bericht der Kommission für die Agrarverhältnisse über Petitionen. In Betreff einer Petition des Rechtsanwalts Jeuthe zu Oppeln, welche sich gegen eine Verfügung des Ministers der landwirthschaftlichen Angelegenheiten beschwert und beantragt, daß das mit den gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch stehende Ministerial-Reskript vom 5. Februar 1846, soweit es die Anwendung des §. 84 der Verordnung vom 29. Juni 1817 auf Bevollmächtigte bei Verhandlungen in Auseinandersetzungssachen betrifft, zurückgezogen werde. Die Kommission beantragt, den ersten Theil der Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, den zweiten Theil durch Tagesordnung zu erledigen. Abg. Senff beantragt, auch den zweiten Theil der Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. An der Debatte betheiligten sich die Abgg. Senff, Dr. Lette, Aßmann, Lent, der Regierungs-Kommissar und der Referent, dann wird der Antrag des Abg. Senff angenommen. — Die übrigen Petitionen des Berichts werden nach den Anträgen der Kommission erledigt, sämmtlich fast ohne Diskussion. Es folgt der dritte Bericht der Petitions-Kommission über Petitionen und zwar über die Petitionen des Rabbiner Sutro wegen der Rechte der Juden.

Berichterstatter Abg. Lent berichtigt einige Druckfehler, verweist sodann auf den kürzlich vom Justizminister vorgelegten Gesetzentwurf, welcher den Beamten der neuen Landestheile den Eintritt in die Verwaltung der alten Landestheile ermöglichen soll. In Frankfurt seien viele Beamte jüdischen Glaubens in allen Aemtern. Man möchte daraus schließen, daß der Herr Justizminister diejenige Ansicht, die er in der Kommission hat vertreten lassen, aufgegeben hat. Wenn jüdische Soldaten aus dem Kriege als Offiziere zurückgekehrt sind, dürfte es auch an der Zeit sein, den Juden ihre staatsbürgerlichen Rechte einzuräumen. — Regierungs-Kommissar Geh. Justizrath Herzbruch hält die in der Kommission abgegebene Erklärung aufrecht. — Abg. Rohden legt gegen eine Aeußerung im Bericht, welche die Anwendung des Zwanges gegen die Beamten zur Verrichtung des Dienstes an Sonn- und Festtagen anwenden will, als gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßend, Protest ein.

Abg. Dr. Kosch verweist auf die vielen Stadien, welche die Angelegenheit wiederholt durchlaufen, hebt sodann die große Zahl der Petitionen und der 300,000 Petenten hervor. Der Justizminister halte an seiner Ansicht in Betreff der Besetzung von Richterstellen durch die Juden fest. Dieser Standpunkt sei für ihn unbegreiflich, der Minister gebe dadurch dem Verdacht Raum, daß die Christen, wenn ein jüdischer Richter den Eid abnehme, leicht einen Meineid leisten könnten. Hiergegen müsse er Protest erheben, und dies Moment sei hinfällig. Um die Juden von den Bestimmungen der Verfassung auszuschließen, nehme der Kultusminister seine Argumente aus dem Justizministerium, der Justizminister sie aus dem Kultusministerium. Das „Sechsparagraphengesetz" sage ausdrücklich: Der Genuß der staatsbürgerlichen Rechte sei fortan unabhängig von dem religiösen Bekenntniß. Das Reglement vom 12. Dezember 1866 über die Prüfung der Schulamtskandidaten gestatte nicht die Anstellung jüdischer Lehrer an Realschulen, Art. 4 und 12 seien die Grundsäulen, auf denen der Staat beruht. Möge man auch die Juden derselben theilhaftig werden lassen und für den Antrag der Kommission stimmen. — Nach einer kurzen, unverständlich bleibenden Bemerkung des Geh. Justizraths Herzbruch verweist Abg. Wagener (Neustettin) darauf, daß man in der Religion den Thatsachen nicht Rechnung tragen dürfe. Die Deduktionen des Kommissionsberichts stehen auf falscher Basis. Hier liege nur eine reine Verwaltungsfrage vor. Die Regierung habe keine Veranlassung, die Gründe, weshalb sie diese oder jene Person nicht zum Amte berufe, anzugeben. Ich will nicht, daß in einem christlichen Staate Jemandem ein Eid abgenommen wird vor dem Kruzifix, der es als Spott und Hohn erachten muß (Bewegung) und dies für eine Schnurrpfeiferei hält. (Anhaltendes Gelächter.) Der Christ kann wohl einem Juden den Eid abnehmen, denn unsere Religion ist die höhere Form des Judenthums. — Abg. Dr. Techow befürwortet die Anstellung der Juden an christlichen Schulanstalten. — Abg. Dr. Michelis (Allenstein) wünscht diesen Gegenstand vom Standpunkte der Verfassung und nicht der Religion behandelt zu sehen. In höheren Schulen will er die Anstellung jüdischer Lehrer gestatten, in Elementarschulen nicht, diese sollen konfessionell bleiben. Nachdem der Abg. Kosch noch einmal den Antrag befürwortet, wird die Diskussion geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Wagener, Dr. Michelis und Dr. Kosch. Danach resumirt der Referent die Debatte und bei der vom Abg. Bassenge beantragten namentlichen Abstimmung wird der Antrag der Kommission mit 171 gegen 80 Stimmen angenommen und um 4 Uhr die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Schluß der heutigen, erster Bericht der Handelskommission über Petitionen und Bericht der Justizkommission über auf die Schuldhaft bezügliche Petitionen.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 11. Januar. Die Kandidaten der Regierungspartei sind für die 6 Wahlkreise: 1) (Domanium) Kammerrath Baron v. Nettelbladt, 2) (Domanium) Kanzleidirektor v. Liebeherr zu Rostock, 3) (Domanium und Ritterschaft) Drost Mecklenburg in Wittenburg, 4) (Ritterschaft) Landrath Graf Bassewitz zu Schwiessel, 5) (Städte: Schwerin, Wismar 2c.) Burgemeister Hofrath Dr. Floerke zu Grabow, 6) (Städte: Güstrow, Rostock 2c.) Senator Dr. Maßmann zu Rostock. Diese so wohl orientirte Partei wird keine Persönlichkeiten aufgestellt haben, von denen sie nicht der Annahme eines Mandates im Voraus sicher war, und da entsteht denn bei einigen Namen der Zweifel, ob deren Träger ohne Zuschuß an Diäten die Wahl würden annehmen können, oder ob gar beabsichtigt werde, je nach Ausfall der Wahlen mit Diätenzahlungen vorzugehen oder nicht. Alle diese Kandidaten stehen natürlich auf dem Boden der Regierung und würden ausgesprochenermaßen ihr Hauptbestreben dahin richten, den Einfluß des Parlamentes und der Bundesgewalt möglichst zu beschränken.

Stuttgart, 10. Januar. Dem hiesigen „Handelsblatte" geht die auffällige, der Bestätigung noch bedürfende Nachricht aus München zu, daß in den letzten Tagen eine sehr freundliche und dringende Aufforderung an die dortige Regierung von Seiten Frankreichs ergangen sei, das französische Münz-, Maß- und Gewichts-System zu adoptiren. Dieser Einladung, welche durch den französischen Gesandten übermittelt wurde, sei noch der Wunsch beigefügt, die baierische Regierung möge, falls ihre Antwort verneinend ausfallen sollte, die Gründe angeben, die sie von der Annahme des französischen Systems abhielten. Als bestimmt wird dem genannten Blatte ferner von dort versichert, daß gleichzeitig in Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe ganz ähnliche Schritte von der französischen Regierung geschehen seien.

Ausland.

Brüssel, 10. Januar. Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Nothomb, hat hierher berichtet, daß Graf Bismarck für die Angelegenheit, welche nun einmal Belgien in diesem Augenblicke mehr beschäftigt als die orientalische Frage und der norddeutsche

Bund, ein besonderes Interesse kundgegeben hat. Obgleich Graf Bismarck, die Konstituirung Norddeutschlands ausgenommen, sich von den Details der Geschäfte fern hält, hat er sich doch persönlich über die Schelde-Differenz Bericht erstatten lassen, und in Folge desselben entschieden, daß Preußen seinerseits einen technischen Kommissar oder Ingenieur zur Prüfung der Angelegenheit bezeichnen und zu gleicher Zeit im Haag Schritte thun solle, um dahin zu wirken, daß von Seiten der holländischen Regierung der Prüfung der Sachverständigen alle möglichen Erleichterungen gewährt würden. Holland wird sich nunmehr dem dreifachen Druck Preußens, Englands und Frankreichs um so weniger entziehen können, als Belgien vorerst nur auf eine Prüfung der Sachlage gedrungen hat.

Paris, 10. Januar. Ueber das Erdbeben in Algerien berichtet der in Algier erscheinende „Akhbar": Der erste Erdstoß wurde um 7¼ Uhr am Morgen des 2. d. verspürt. Er war sehr stark und dauerte nicht weniger als 17 Sekunden; seine Richtung schien von NW. nach NO. Der Schrecken war allgemein. Eine Menge Leute — Männer, Weiber und Kinder — stürzte aus den Häusern auf die Straße; sie glaubten, ihr letztes Stündlein sei gekommen. Das Wetter am Tage vorher hatte nicht im Mindesten ein solches Naturereigniß befürchten lassen. Bis Mitternacht war die schönste mondhelle Nacht gewesen, dann aber hatte sich der Himmel mit Wolken bezogen und der Morgen war regnicht und von unheimlicher Stille. Kaum hatte sich die erste Panik etwas gelegt, als um 9½ Uhr ein zweiter, übrigens unbedeutender Erdstoß die Gemüther von Neuem ängstigte, und eine Minute später erfolgte ein dritter, fast so stark als der erste und von sehr brüsken und unregelmäßigen Oscillationen. Das Dröhnen war drei Sekunden lang furchtbar. Was noch in den Häusern war, flüchtete auf die öffentlichen Plätze und die Schiffe auf der Rhede. Merkwürdig, fast ein Wunder ist es, daß trotz der Stärke des Erdbebens in Algier doch keine Häuser eingestürzt sind. Den Dörfern in der Umgegend sollte es nicht so gut ergehen und jetzt geht das Gerücht, die Mehrzahl der Städte und Dörfer auf der Atlaslinie, jenseits der Mitidscha, sei gänzlich zerstört. Am 5., Morgens 4 Uhr, fand während eines starken Regensturmes wieder ein Erdbeben statt. Mehrere Häuser bekamen Risse; größerer Schaden scheint jedoch nicht angerichtet zu sein.

Paris, 10. Januar. Ein kleines Detachement Oesterreicher, bisher im Dienst Maximilians I., darunter Hauptmann H., während der letzten Zeit Kommandant in Pachuca, ist per Dampfer „Panama" über St. Nazaire hier eingetroffen. Herr H. berichtet, daß er seine aus 3 Kompagnien bestehende Truppe mit Verlust einer halben Kompagnie gerettet habe. Der Kaiser werde wahrscheinlich nicht lange mehr in Mexiko verweilen, da auch Franz Joseph, um den Tuilerien gefällig zu sein, zur Rückkehr ermahne. Innerer Kampf, heftiger denn je, stehe dem Lande bevor: Klerikale und Liberale rüsten aus Leibeskräften. Die Franzosen seien furchtbar verhaßt und eben so sehr gefürchtet, weil sie, allerdings Repressalien übend, mit großer Strenge gegen die „Dissidenten" verfuhren.

— Bei Gelegenheit der Pariser Welt-Ausstellung soll bekanntlich auch ein Monstre-Konzert und Wettgesang von Liedertafeln und Männer-Gesangvereinen stattfinden. Die dafür eingesetzte Kommission unter dem Vorsitze des Barons Taylor hat bereits 314 Anmeldungen von Sängervereinen erhalten.

London, 11. Januar. Die Anklage gegen Johnson beschäftigt auch heute wieder die „Times". Sie tritt ganz auf die Seite des nordamerikanischen Präsidenten und bezeichnet die Haltung des Kongresses als revolutionäres Gebahren. Sie schreibt: „La Révolution va bien" Die Depeschen, mit denen der atlantische Telegraph uns überschüttet zeigen, daß die wohlbekannte Phrase von 1792 in all ihren Bedeutungen auf den Lauf der Ereignisse in Amerika sich anwenden läßt. Es ist dort eine Revolution im Gange. Das Haus der Repräsentanten hat den ersten Schritt gethan, um den Präsidenten von seinem Posten zu entfernen. Mr. Johnson steht der republikanischen Partei im Wege. Er ist der „Monsieur Veto" der Union und muß beseitigt werden. Er hat das Verbrechen begangen, sich seine eigene Meinung zu bilden, und zwar eine Meinung, die mit den Gesinnungen der Kongreßmajorität nicht übereinstimmt.

Florenz, 9. Januar. In einem Briefe aus Rom lese ich folgende Schilderung der Lage: „Der Papst ist nicht ganz abgeneigt, sich mit Italien zu verständigen; die Umgebung so ungünstig als möglich, die Zuaven sind Italien so feindselig wie die Legitimisten und Orleanisten in Frankreich, das Volk ist so ungeduldig als möglich und äußerlich so ruhig als nothwendig; das National-Comité ist seiner Sache so sicher, daß die an dasselbe gelangten Anträge der Aktionspartei mit Stolz zurückgewiesen wurden. Die Mitglieder der Mazzinistischen Aktionspartei zeigen sich erbötig, ihre Anstrengungen mit jenen der Nationalpartei zu vereinigen, um das römische Volk von einem verfrühten Aufstande abzuhalten. Man antwortete, daß man auch ohne sie fertig werden würde und jede Vereinigung mit ihnen von sich weise. Man glaube aber nicht, daß der Papst, wenn er sich in Kirchen-Angelegenheiten nachgiebig zeigt, Viktor Emanuel irgendwie zu verzeihen gesonnen ist. Wenn außerhalb der religiösen Angelegenheit noch andere zur Sprache kommen, so wird dies lediglich nur durch die Finanznoth bewerkstelligt werden können, und diese ist in Rom in der That groß. Die römische Bank hat jeden Tag einen Verlust von 5000 Fr. aufzuweisen; wenn das so fort geht, muß sie Bankerott machen."

Madrid, 5. Januar. Die Situation hat sich in den letzten Tagen nicht wesentlich verändert. Es haben noch einige Verhaftungen stattgefunden: die große Mehrheit der Exdeputirten der „liberalen Union" hat sich indeß längst nach Frankreich oder anders wohin in Sicherheit gebracht. Vorgestern erschien ein Adjutant des Generalmajors in der Wohnung des Deputirten Obersten Francos, um ihn zu verhaften. Mme. Francos versicherte, ihr Mann sei nicht zu Hause. Dann werde ich hier warten — erwiederte der Adjutant, und er wartete 22 Stunden. Gestern Nachmittag zeigte ihm Mme. Francos ein Telegramm aus Bayonne. Sie werden sich, sagte sie, nicht länger zu bemühen brauchen, denn mein Mann meldet mir, daß er wohlbehalten gestern in Bayonne angekommen ist. Als Sie gestern sich hier einfanden, war er schon seit drittehalb Stunden mit dem Expreßzug nach Frankreich unterwegs.

Türkei. Mit der Nachricht, daß die Türkei 150,000 Redifs unter die Waffen rufen will, um jeder Eventualität in den an Griechenland grenzenden Provinzen begegnen zu können, und hauptsächlich mit den finanziellen Maßregeln, die dadurch erforderlich würden, bringt der „Temps" ein Gerücht, daß der Großvezier abtreten wolle, in Verbindung. Man würde in diesem Falle sicher wieder auf Fuad Pascha, den Mann der Auskunftsmittel zurückgreifen, dem es aber diesmal sauer werden dürfte.

Aus Athen vom 7. Februar erhält die „H. B.-H." folgende Depesche, welche beweist, daß der Aufstand auf Kandia noch keineswegs erloschen ist: „Die griechischen Dampfschiffe „Panhellenion" und „Hydra" sind mit 1200 Volontairen nach Ost-Kandien abgegangen. Von Kandia brachte eine russische Fregatte nur 77 Freiwillige, 19 Verwundete vom Korps Suliotis, außerdem 80 Prediger, 50 Greise, 985 Frauen und Kinder.

Pommern.

Stettin, 14. Januar. Vorgestern Nachmittag brach der 11jährige Sohn eines Aufsehers auf dem schwachen Eise der Oder zwischen der Unterwiek und Grabow ein und ertrank; die Leiche wurde gestern gefunden.

— Der bereits mehrfach wegen Diebstahls bestrafte, unter polizeilicher Aufsicht stehende ehemalige Lohndiener Ramdow ist wegen eines neuerdings verübten Nutzholzdiebstahls gestern verhaftet worden.

— Am Sonnabend früh wurde dem Gärtner Ehrcke aus Finkenwalde, während er auf dem Neuenmarkte mit dem Abladen von Verkaufsgegenständen für den Wochenmarkt beschäftigt war, von seinem Wagen ein Tuchmantel gestohlen. — Ebenso ist von einem an demselben Tage in Alt-Damm verübten Pelzdiebstahle hierher Anzeige gemacht worden.

— In einem Hause der Frauenstraße entstand vorgestern Abend zwischen einem Buchhalter und einem Restaurateur Streit, bei dem letzterer, wie es heißt, durch einen Messerstich, indessen nur unbedeutend, verletzt sein soll. Es hatte sich in Folge dieses Vorfalls vor dem Hause ein ziemlich zahlreiches Publikum angesammelt, das sich nach dem Erscheinen eines Polizeibeamten indessen bald zerstreute.

— Aus einem Wohnzimmer des Hauses Schuhstraße Nr. 1 wurde am Sonnabend ein feines Bettlaken entwendet.

— Die auf dem Bredower Antheile, Heinrichsstraße No. 5, wohnhafte separirte Frau Baumann verließ am 9. d. M. auf einige Tage ihre Wohnung und ließ den Eingang zu derselben von zwei im Hause wohnhaften Arbeitern durch Einschlagen einer Krampe und Anlegung eines Vorhängeschlosses noch besonders versichern. Dessenungeachtet machte sie bei ihrer Rückkehr die traurige Entdeckung, daß während ihrer Abwesenheit ein Einbruch verübt und ihr Bettstücke, Kleidungsstücke und sonstige Gegenstände gestohlen seien. Der Verdacht der Thäterschaft fällt aus verschiedenen näher ermittelten Umständen auf die betreffenden beiden Arbeiter, welche deshalb verhaftet worden sind.

Stargard, 13. Januar. Die Konservativen unseres Wahlkreises werden als Wahlkandidaten den Landrath des Pyritzer Kreises und Abg. Hr. v. Schöning aufstellen und hat derselbe auf die an ihn ergangene Anfrage, ob er eine auf ihn fallende Wahl annehmen würde, bejahend geantwortet. — Von altliberaler Seite war man bemüht, ein Kompromiß, wie bei der letzten Abgeordnetenwahl, mit den Konservativen zu Stande zu bringen und nannte man als Kompromiß-Kandidaten den früheren Justizminister Hrn. v. Bernuth. Doch scheinen die Verhandlungen danach nicht zu einem dieser Kandidatur günstigen Abschlusse gekommen zu sein, da die konservative Partei bei der allgemeinen Beliebtheit des Herrn von Schöning in seinem Kreise hofft, diesen am ehesten durchzubringen. Aus gleichem Grunde soll auch Hr. Landrath v. Waldaw-Steinhöfel von einer Kandidatur absehen.

§§ **Daber,** 12. Januar. Bei der heute stattgefundenen Bürgermeisterwahl erhielt der Gerichtsaktuarius Gauger in Jakobshagen die meisten Stimmen. Derselbe wurde also gewählt.

* **Anklam,** 11. Januar. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung fand die Wahl des Bureaus für das laufende Jahr statt. Gewählt wurde: zum Vorsitzenden der Kaufm. Wendorff, zu seinem Stellvertreter der Dr. Schmidt, zum Schriftführer der Kaufmann Adolph Keller, zum Stellvertreter desselben der Buchdruckereibesitzer Reetz.

Stadt-Theater.

Stettin, 12. Januar. Der gestrige Abend vergegenwärtigte uns wieder unmittelbar die oft ausgesprochene, aber noch immer nicht gehörig anerkannte Wahrheit, daß ein klassisches Kunstwerk bei angemessener Ausführung den höchsten Genuß und die vollkommenste Befriedigung gewährt. In der That müssen wir gestehen, daß uns die gestrige Aufführung des „Don Juan" den schönsten Kunstgenuß dargeboten hat, der uns seit langer Zeit in der hiesigen Oper zu Theil wurde. Frl. v. Pöllnitz zeichnete den von Leidenschaft glühenden Charakter der „Donna Anna" mit ergreifender Wahrheit. Ihre reine Intonation, ihr kunstvoller Gesang und ihre schöne Aussprache entschädigte für den Mangel an jenem eigenthümlichen Farbenschmelze dee Stimme, den wir besonders in den höheren Tönen vermißten. Doch schien die Sängerin ihre Kraft für die große Arie im vierten Akte gespart zu haben, welche sie meisterhaft spielte und sang und für die sie den stürmischen Beifall des Publikums erntete. Vortrefflich waren die Leistungen von Frl. Koudelka als „Elvira" und von Hrn. Bary als „Octavio". Ihr reiner und zum Herzen sprechender Gesang fand die ungetheilteste Anerkennung, welche sich wiederholt in rauschendem Beifall und Hervorruf zu erkennen gab. Frl. Walter spielte die „Zerline" recht anmuthig, aber ihr Gesang ließ gestern vielfach Reinheit der Intonation vermissen. Recht hübsch gelang ihr der Gesang der reizenden Arie: „Wenn Du fein fromm bist." Der „Don Juan" des Herrn Hochheimer ist nach unserem Urtheil die hervorragendste Leistung dieses Sängers. In Gesang und Spiel hatte er den Charakter seiner Rolle gut erfaßt; die Aussprache war deutlicher, als wir es sonst von Herrn Hochheimer gewohnt sind; auch das Gepreßte in den höheren Tönen, was wir sonst öfter zu rügen fanden, trat gestern zurück. Herr Koller spielte den „Leporello" recht ergötzlich, ohne, was bei dieser Rolle so leicht geschieht, die Darstellung ins Fratzenhafte zu verzerren. Auch im Gesange genügte er allen billigen Anforderungen. Leider können wir das nicht von Herrn Faßbender sagen, welcher als „Don Pedro" mehrmals auf eine Ohren zerreißende Weise detonirte. Herr Krieg gab sich als „Masetto" alle Mühe, und sein Gesang war wenigstens durchaus nicht störend. Rühmend müssen wir insbesondere noch hervorheben die vortreffliche Einübung der schwierigen Finale's und das schöne Ineinandergreifen der Stimmen, so wie der Orchesterbegleitung in diesen kunstreichen und wunderbar verschlungenen Tonschöpfungen.

Neueste Nachrichten.

Wien, 13. Januar, Vormittags. Durch Kaiserliche Verordnung wird die Staatsschulden-Kontrol-Kommission angewiesen, alle auf Anfertigung und Ausgabe von Staatsnoten bezüglichen Verfügungen des Finanzministeriums zu kontrasigniren.

Pesth, 12. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel wurde die in Erwiderung auf die jüngst erlassene Kaiserliche Verordnung wegen der Heeresergänzung von Deak entworfene Adresse verlesen und Behufs Diskussion auf die Tagesordnung der am 15. stattfindenden Sitzung gestellt. Der Adreßentwurf beklagt, daß auf den Gebieten der Legislative und Exekutive fortdauernd und jetzt neuerdings durch eine auf die Zukunft sich erstreckende Verordnung absolute Gewalt über die heiligsten Interessen schalte. Das Recht der Feststellung des Wehrsystems sei eine Lebensbedingung der ungarischen Verfassung wie jedes Konstitutionalismus, auf welche das Land nicht verzichten könne. Die über das Wehrsystem jüngst erlassene Kaiserliche Verordnung sei eine neue thatsächliche Negirung dieses Rechtes. Es könne diese neueste Maßregel des Absolutismus nicht mit Schweigen übergangen werden. Nicht nur die Grundgesetze der Verfassung, sondern auch Billigkeit und Zweckmäßigkeit fordern, daß der Wille des Landes mitwirke. Wenn die gegenwärtige Lage eine wesentliche Umgestaltung des Wehrsystems beanspruche, so sei dies ein neuer Grund, die suspendirte Verfassung sofort wieder herzustellen, da der Reichstag das Recht der Gesetzgebung nur auf Grund der Verfassung ausüben und nicht Lasten für ein Land übernehmen könne, dessen Rechte suspendirt sind. Ungarn habe jederzeit freiwillig die den Forderungen der Zeit entsprechenden Aenderungen des Wehrsystems, jedoch stets im Rechtswege, begründet. Das Land sei auch fernerhin bereit, das Wehrsystem den Bedürfnissen und der Situation des Landes entsprechend zu gestalten, könne aber Verfügungen, die desfalls ohne Einwilligung des Reichstags getroffen, als berechtigte nicht ansehen. Die Adresse schließt mit der Bitte um Aufhebung der erlassenen Verordnung und um Herstellung der Verfassung.

Florenz, 12. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer ist der Gesetzentwurf bezüglich der zu Abgeordneten nicht wählbaren Personen angenommen worden.

Der Finanzminister Scialoja hat wegen eines Unglücksfalles in seiner Familie das finanzielle Exposé bis nächsten Mittwoch vertagt. — Montag wird der Anhang des Budgets in der Kammer vertheilt werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Januar. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur — 1°, Nachts — 3° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber 80—89 Rt. bez., weißer uckermärker und pommerscher 89—91 Rt. bez., poln. 82—88 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 88¼, ½, ¼ Rt. bez., 88½ Rt. Br., Mai-Juni 88½, ¼ Rt. bez.

Roggen etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 55—57 Rt. bez., Januar 54 Rt. Gd., Frühjahr 56 Rt. bez. u. Br., 55¾ Gd., Mai-Juni 56, 56½, 56⅜ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli u. Juli-August 56½ Rt. Br. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. märker 48—51 Rt. bez., schles. Frühj. 69 bis 70pfd. 50 Rt. bez., Br. u. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30½ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 31½ Rt. Br. u. Gd.

Erbsen loco Futter- 54—56 Rt. bez., Koch- 57—59 Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. Br.

Rüböl wenig verändert, loco $11\frac{5}{6}$ Rt. bez., 12 Rt. Br., Januar $11\frac{17}{24}$ Rt. bez., 11¾ Rt. Br, Februar 11¾ Rt. bez. u. Br., April-Mai 12¼ Rt. Br., $12\frac{1}{6}$ Rt. Gd.

Spiritus höher bezahlt, loco ohne Faß $16\frac{1}{3}$, ⅔ Rt. bez., mit Faß $16\frac{1}{3}$, $\frac{13}{24}$ Rt. bez., Januar-Februar $16\frac{7}{12}$ Rt. bez. u. Gd., Frühjahr 17, 17⅛ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $17\frac{1}{3}$, $\frac{5}{12}$ Rt. bez.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Berlin, 14. Janrar, 1 Uhr 56 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84⅞ bez. Staats-Anleihe 4½ % 99 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135⅝ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 94½ Br. Oesterr. National-Anleihe 52¾ bez. Pomm. Pfandbriefe 88⅞ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 175¼ bez. Amerikaner 6% 77 bez.

Roggen Januar 57, 57½ bez., Januar-Febrnar 56¾, 57 bez., Frühjahr 56½ bez., 56⅜ Gd. Rüböl loco $12\frac{1}{12}$ Br., Januar 12, $12\frac{1}{24}$ bez., Januar-Februar 12 bez., April-Mai $12\frac{5}{24}$, ¼ bez. Spiritus loco $17\frac{1}{24}$ bez., Januar-Februar $17\frac{5}{24}$, ⅛ bez, Februar-März 17⅛ Br., ⅛ Gd., April-Mai 17⅝, $17\frac{1}{3}$ bez.

Stettin, den 14. Januar.

Berlin ······	kurz	—
" ······	2 Mt.	—
Hamburg ···	6 Tag.	151¼ bz
" ···	2 Mt.	—
Amsterdam ·	8 Tag.	143½ G
" ·	2 Mt.	—
London ·····	10Tag.	6 23⅜ B
" ·····	3 Mt.	6 21⅝ B
Paris ·····	10 Tg.	—
" ·····	2 Mt.	$80\frac{7}{12}$ B
Bordeaux ···	10 Tg.	—
" ···	2 Mt.	—
Bremen ···	8 Tag.	—
" ···	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	89¼ G
Wien ·······	8 Tag.	—
" ·······	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl.5457	4½	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	3½	84⅞ G
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm.Pfdbr.	3½	88¾ G
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A. à 500 Rtl.	4	—
Berl.-St. Eis.-Act. Lt. A. B.	4	—
" Prior.	4	—
" "	4½	—
Starg.-P. E.A.	4½	94½ G
" Prior.	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	98¼ B
Stett. Börsh.-Obligationen	4	—
St. Schausp.-Obligationen	5	—

Pom. Chauss.-bau-Obligat. ··	5	—
Used.-Wollin. Kreis-Oblig. ··	5	—
St. Str.-V.-A. ·	4	—
Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assec.-Comp.-Act. ··	4	664 G
Pomerania ···	4	111 G
Union ·······	4	101½ G
St.Speich.-Act.	5	—
V.-Speich.-A. ·	5	—
Pomm. Prov.-Zuckers.-Act. ·	5	—
N. St. Zucker-Sieder.-Actien	4	—
Mesch. Zucker-Fabrik-Anth.	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühl-A. ·	5	—
St.Portl.-Cem.-Fabrik ······	4	—
Stett. Dampf Schlepp-Ges. ··	5	250 B
Stett. Dampfschiffs-Verein ·	5	250 G
N. Dampfer-C.	4	95 B
Germania ····	4	100 B
Vulkan ······	4	70 bz
Stett. Dampfmühlen-Ges. ··	4	101 G
Pommerensd. · Chem. Fabrik	4	—
Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stettin. Kraft-Dünger-F.-A. ·	—	—
Gemeinnützige Bauges.-Anth.	5	—